

Pressemitteilung – Sperrfrist bis 25. November 2025, 15 Uhr

Neue Studie veröffentlicht

RIAS Studie zeigt Lücken in der Erfassung von Antisemitismus bei der Polizei auf

Berlin, 25.11.2025: Eine neue Studie des Bundesverbands RIAS untersucht die polizeiliche Erfassung von antisemitischen Straftaten. Die Ergebnisse zeigen deutliche Leerstellen in der Erfassung und Statistik antisemitischer Hasskriminalität. Bundesverband RIAS Geschäftsführer Benjamin Steinitz fordert deshalb mehr Sensibilisierung und einen engeren Austausch zwischen Polizei und Zivilgesellschaft.

Betroffene fühlen sich häufig nicht ernst genommen

RIAS-Meldestellen erreichen regelmäßig Berichte von Betroffenen über mangelnde Sensibilität bei der Anzeigenerstattung. Der antisemitische Charakter einer Straftat wird bisweilen nicht berücksichtigt oder Betroffene stellen erst gar keine Anzeige. Deshalb hat das Forschungsprojekt *Austausch von Polizei und Zivilgesellschaft zu Antisemitismus* (APZAS) seit 2022 untersucht, wie einheitlich und mit welchem Verständnis antisemitische Straftaten polizeilich erfasst werden und inwieweit die Perspektiven Betroffener berücksichtigt werden. Die Ergebnisse wurden jetzt erstmals veröffentlicht. Grundlage waren Interviews mit Expert_innen von Polizei, Justiz, Wissenschaft und Zivilgesellschaft sowie die Auswertung polizeilicher Statistiken. Die Ergebnisse liefern wichtige Impulse für Forschung, Ausbildung und Praxis. Zudem zeigt sich, dass die Aussagekraft polizeilicher Statistiken über das Ausmaß von antisemitischen Straftaten stark begrenzt ist. Das zeigt auch den Bedarf an regelmäßigen Dunkelfeldstudien auf.

Erfassungslücken, Unsicherheiten und fehlende Sensibilisierung

Die Studie zeigt, dass nicht immer alle Formen von Antisemitismus – etwa israelbezogener Antisemitismus – von Polizist_innen erkannt werden. Die Sensibilisierung der Polizei für das Thema ist uneinheitlich, oft fehlt es auch an Erfahrung mit dem Themenfeld. Betroffene von Antisemitismus erleben den Kontakt mit der Polizei mitunter als wenig unterstützend oder frustrierend. Ko-Autorin der Studie und Projektleiterin von APZAS Bianca Loy weist auf „konzeptionelle Schwächen“ in der polizeilichen Erfassung von Antisemitismus hin. Antisemitismus werde lediglich als Randphänomen von „organisierten Überzeugungstäter_innen“ interpretiert, dabei ist es ein gesamtgesellschaftliches Problem, wie die Daten von RIAS-Meldestellen zeigen. Antisemitische Straftaten werden in den Polizeistatistiken politisch motivierter Kriminalität daher nur unzureichend abgebildet.

Engerer Austausch gefordert – BKA unterstützt das Vorhaben

RIAS Geschäftsführer Benjamin Steinitz fordert daher „dass es systematische Sensibilisierung“ von Polizist_innen braucht. „Das gelingt nur im engen Austausch mit der Zivilgesellschaft“ so Steinitz weiter.

Auch der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, Dr. Felix Klein, unterstreicht, dass ein verstärkter Austausch hilft „Vertrauen zu stärken und Lücken in der Strafverfolgung zu schließen“ und so jüdisches Leben zu schützen. Sven Kurenbach, Vizepräsident des Bundeskriminalamts, befürwortet ebenfalls einen Austausch mit der Zivilgesellschaft: „Eine wirkungsvolle Bekämpfung des Antisemitismus in Deutschland erfordert ein enges und kontinuierliches Zusammenwirken zwischen den Sicherheitsbehörden, der Justiz und der Zivilgesellschaft. Das BKA begrüßt und unterstützt die Arbeit der RIAS.“

Die Studie „Antisemitische Straftaten in der Polizeistatistik. Ergebnisse des Projekts Austausch von Polizei und Zivilgesellschaft zu Antisemitismus (APZAS)“ kann jetzt **heruntergeladen** werden unter <https://report-antisemitism.de/analysis/>

Mehr Informationen zum Projekt: Austausch von Polizei und Zivilgesellschaft zu Antisemitismus finden Sie unter: <https://report-antisemitism.de/apzas/>

Für Rückfragen oder Interviewanfragen wenden Sie sich bitte an Marco Siegmund, Leitung der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, unter: presse@report-antisemitism.de oder 0176 345 451 55

Stimmen zur Veröffentlichung

Benjamin Steinitz, Geschäftsführer des Bundesverbands RIAS e. V.:

„Die Ergebnisse von APZAS zeigen deutlich, dass es systematische Sensibilisierung für Antisemitismus und die Perspektiven von Betroffenen in der Polizei braucht. Das gelingt nur im engen Austausch mit der Zivilgesellschaft, die Leerstellen in der Erfassung sichtbar macht. Ein geregelter Datenaustausch zwischen Polizei und RIAS ist überfällig, um der Öffentlichkeit die Gesamtheit antisemitischer Vorfälle in Deutschland vermitteln zu können. Erfolgreiche Strategien gegen Antisemitismus brauchen die bestmögliche Datengrundlage.“

Bianca Loy, Ko-Autorin der Studie und Projektleiterin von APZAS beim Bundesverband RIAS e. V.:

„Dem Definitionssystem des KPMD-PMK liegen konzeptionelle Schwächen zugrunde, die eine umfassende Abbildung antisemitischer Straftaten erschweren. So greift etwa die Statistik politisch motivierter Kriminalität zu kurz, wenn sie Hasskriminalität – und damit auch antisemitische Straftaten – strukturell auf

die vermeintlichen Ränder der Gesellschaft festlegt. Nicht alle antisemitischen Straftaten gehen von organisierten Überzeugungstäter_innen aus, die über ein klares und manifestes Weltbild gemäß der Extremismus-Skala verfügen. Es muss aber möglich sein, Antisemitismus als gesamtgesellschaftliches Phänomen in der PMK-Statistik abzubilden.“

Dr. Felix Klein, Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus:

„Antisemitische Straftaten werden immer noch viel zu selten angezeigt. Viele Betroffene fragen sich: „Bringt eine Anzeige überhaupt etwas?“ Das APZAS-Projekt hilft, Vertrauen zu stärken und Lücken in der Strafverfolgung zu schließen. Es zeigt, wie wichtig der Austausch zwischen Polizei, Justiz und Zivilgesellschaft ist. Um jüdisches Leben in Deutschland zu schützen, brauchen wir das Engagement aller. Gemeinsam machen wir unser Land sicherer.“

Sven Kurenbach, Vizepräsident des Bundeskriminalamts:

„Eine wirkungsvolle Bekämpfung des Antisemitismus in Deutschland erfordert ein enges und kontinuierliches Zusammenwirken zwischen den Sicherheitsbehörden, der Justiz und der Zivilgesellschaft. Das BKA begrüßt und unterstützt die Arbeit der RIAS und anderer Initiativen, die sich für die Dokumentation und Prävention antisemitischer Vorfälle einsetzen. Jede Anzeige einer antisemitischen Straftat trägt dazu bei, das Dunkelfeld zu erhellen und ermöglicht, gezielt Präventions- und Interventionsstrategien zu entwickeln und umzusetzen.“